

Es gibt neuen Ärger um die Ökostromförderung. Die Koalition plant Ausschreibungen für Windräder – und bevorzugt schlechte Lagen.

ami. BERLIN, 24. Januar. Die vom Wirtschaftsministerium geplante Reform der Ökostromförderung kann in manchen Bereichen zu einem starken Ausbau der Förderung um mehr als zehn Prozent führen. Das folgt aus den Eckpunkten und dem Entwurf für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Danach sollen auch jene Standorte neuer Windkraftwerke besonders üppig gefördert werden, an denen der Wind besonders selten weht.

In der Union wird das heftig kritisiert. „Das widerspricht dem Koalitionsvertrag“, sagte der CDU-Vorsitzende in Schleswig-Holstein, Ingbert Liebing. Auch in der Unionsfraktion rumort es. Vizechef Michael Fuchs (CDU) lehnt die Pläne als falsch und kontraproduktiv ab.

Die Reform soll die Förderung neu ausrichten. Künftig soll der Ausbau der Windenergie an Land auf 2500 Megawatt im Jahr begrenzt werden. Interessenten sollen sich darum bewerben. Wer die niedrigste Förderung verlangt, bekommt den Zuschlag. So weit ziehen Union und SPD an einem Strang. Streit gibt es um Details.

Denn das Gesetz sieht eine Höchstförderung vor. Um die zu ermitteln, wird ein „Referenzstandort“ gebildet. An dem wird die maximale Förderhöhe ausgerichtet. Weil aber nicht nur windstarke küstennahe Standorte den Zuschlag bekommen sollen, würden sie mit einem Abschlag bestraft, schlechte Bauplätze im Binnenland mit einem Zuschlag belohnt.

So könnte an Standorten, die nur 70 Prozent des Referenzwertes erreichen, die Förderung auf fast 10 Cent je Kilowattstunde steigen, an Standorten mit 80 Prozent immer noch auf knapp 9 Cent, wie das Bundeswirtschaftsministerium auf Anfrage bestätigt hat. Laut Bundesverband Windenergie bekommen Windstromerzeuger heute für Neuanlagen 8,8 Cent je Kilowattstunde.

Windkraftförderung an windstillen Orten



Beflügelt durch Subvention

Foto dpa

Nicht nur CDU-Mann Liebing aus Schleswig-Holstein sieht darin eine Verbeugung vor den Ländern, die den Windstromanteil ausbauen wollen – aber kaum effiziente Standorte haben: „Wenn wir Standorte ausschreiben, dann doch mit dem Ziel, die wirtschaftlichsten zu finden, und nicht, um die unwirtschaftlichen Geld zu bringen“, klagt er gegenüber dieser Zeitung. Parteifreund Fuchs moniert: „Wir würden Schwachwindanlagen fördern, die international nicht marktfähig sind, und die Kosten des Windkraftausbaus würden deutlich steigen.“ Auch erhöhe der Vorschlag nicht die Akzeptanz der Windkraft. „Die Zeichen der teuren Ineffizienz, also gigantische Rotorblätter und trotzdem wenig Bewegung, sind ja mit bloßem Auge zu erkennen.“

Doch so einig sich die Unionspolitiker in der Kritik an diesem Punkt sind, so

halb dürfte nur für die beiden ersten Jahre 2019 und 2020 genaue Ausschreibungsmengen vorgegeben werden. Sie wollen keinen Automatismus, spätere Ausschreibungen müssten im Lichte der Entwicklung festgelegt werden. „Wir schlagen vor, auf Sicht zu fahren.“

Davon aber halten die Ministerpräsidenten der Nordländer, die mehr Windstrom wollen, wenig. Sie treffen sich diesmal Montag zu einem „Windenergiegipfel“ in Wismar. Im Vorfeld warnen Umweltschützer und Windstromerzeuger, mittels Ausschreibung solle „die Windkraft an Land hart ausgebremst werden“. Derweil hat der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft seine jährliche Kostenstatistik erneuert: Der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen auf den Strompreis liege mit 54 (Vorjahr 52) Prozent auf einem neuen Rekordhoch.